

INHALT

1. Prolog. Eine Selbstbeobachtung	8
2. Anliegen des Essays: Wut zur Differenzierung	15
3. Thinking Identity Politics. Theorien, Ideen, Diskurse	49
4. Doing Identity Politics. Die Praxis der Identitätspolitik in der Medienöffentlichkeit	89
5. Wider die Wolkenphobie: Keine Identifikation ohne Imagination	174
Anmerkungen	195

2. Anliegen des Essays: Wut zur Differenzierung

In der Medienöffentlichkeit, vor allem in Meinungsbeiträgen, Kommentarspalten und Posts in den sozialen Netzwerken, ist Identitätspolitik ein Reizthema, ein Feld voller strategischer Missverständnisse. Aktivistische und analytische Ansätze werden munter vermischt oder es werden aufmerksamkeitsökonomische Debatten inszeniert, in denen viel geklickt wird und es wenig Klick macht. Die einen werfen den anderen vor, die Menschheit vor lauter Identitäten nicht mehr zu sehen; die anderen den einen, sie sähen die Identitäten vor lauter Menschheit nicht. Für Humanisten gibt Identitätspolitik das Verbindende der Menschheit preis, für die Verfechter postmoderner Identitätspolitik besteht dieses Verbindende traditionell aus luftigen Ideen statt belastbarem Klebstoff. Rechte werfen Linken Identitätspolitik vor, Linke

werfen Rechten Identitätspolitik vor. Beide haben recht, dass die jeweils andere Seite Identitätspolitik betreibt, und verstehen doch jeweils etwas anderes unter dem Reizwort. Für Rechte ist das eigene Volk die unterdrückte, gefährdete Minderheit, für Linke unterdrückt ebenjenes Volk Minderheiten diesseits und jenseits der Landesgrenzen. Aber auch innerhalb der beiden Lager besteht Dissens. Materialistische Linke sehen in Identitätspolitik eine Schrulle postmoderner Kulturlinker – anstatt mit angeblichen Marginalisierten Opferolympiaden zu veranstalten, solle man sich besser auf die breite ökonomische Basis besinnen! Postmoderne Kulturlinke hingegen werfen materialistischen Linken ein einseitiges Weltbild vor: Materielle Ungleichheit kann durch die kulturelle Abwertung von Identitäten verursacht werden! Neue Rechte verspotten derweil traditionalistische Rechtskonservative für ihre angeblich biedereren Identitätsvorstellungen, traditionalistische Rechtskonservative wiederum können mit den aggressiven popkulturellen Inszenierungen der Neuen Rechten wenig anfangen. Konsumkritiker erkennen in Identitätspolitik ein Werkzeug des Neoliberalismus, der an

einer Pluralisierung von Konsumentengruppen interessiert ist und frohlockt, wenn wieder mal eine neue Gender-Kategorie auftaucht. Konsumapologeten sehen in Identitätspolitik eine Möglichkeit, endlich maßgeschneiderte Angebote für die „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) machen zu können – als Antidot zum Universalismus des Henry Ford zugeschriebenen Werbeslogans für Autolackierungen: „You can have any color you like, as long as it’s black.“

In diesen Schaukämpfen geht es selten darum, Stärken und Schwächen von Identitätspolitik nüchtern und verantwortungsvoll zu analysieren, sondern darum, Identitätspolitik im Sinne der eigenen, nun ja: Identität zu instrumentalisieren. Es ist durchaus amüsant, dass fast jede Art der Ablehnung von Identitätspolitik wiederum die Identitätspolitik bestätigt: Die Gründe, diese oder jene Form von Identitätspolitik abzulehnen, speisen sich jeweils aus einer bestimmten Identitätsvorstellung, die – oft unausgesprochen – gegen eine andere Identitätsvorstellung verteidigt wird. In der Lebenswelt aber ist dieses Spiel nicht amüsant, sondern zynisch. Wird etwa eine weiße

Deutsche Opfer eines Gewaltverbrechens, lechzen weiße deutsche Rassisten nach der Meldung: Der Täter ist ein Ausländer, besser noch ein Flüchtling! Wird ein eingewanderter Imam in Deutschland Opfer eines Gewaltverbrechens, wie es 2020 im württembergischen Ebersbach der Fall war, gehen Kritiker angeblicher Islamfeindlichkeit davon aus, dass „Islamophobie“ das Motiv war.⁴ So wunderte sich die Journalistin Ferda Ataman kurz nach Bekanntwerden des Verbrechens, „dass das kein @tagesschau-Thema sein soll ...“⁵ Zu diesem Zeitpunkt liefen die Ermittlungen noch und es wäre fahrlässig gewesen, den Fall zu einem Politikum zu machen. Wenig später standen der Bruder und die Lebensgefährtin des Getöteten unter schwerem Tatverdacht.

Medien suggerieren mit klickbeuterischen Überschriften und überdrehten Leads, man müsse sich entscheiden: Ist Identitätspolitik gut oder schlecht? Sollte man sich ihren Befürwortern anschließen oder ihren Gegnern? Der Lead zu einer Polemik des Schriftstellers Maxim Biller stellt fest: „Linke Identitätspolitik begreift Menschen nur als Mitglieder von Opfergruppen.“⁶ Die Migrationsforscherin

Sandra Kostner meint, „es“ gehe darum, „der Gesellschaft ein identitäres Weltbild aufzuzwingen“⁷. In der *Neuen Zürcher Zeitung* prangt über einem Artikel des Politikwissenschaftlers Mark Lilla die Überschrift „Identitätspolitik ist keine Politik“.⁸ In der *Washington Post* hingegen will der Philosoph Kwame Anthony Appiah herausgefunden haben, dass „alle Politik Identitätspolitik“ sei – zumindest behauptet das der Lead.⁹ Wenn aber alle Politik Identitätspolitik ist, dann ist der Begriff redundant. Auch der Lead zu einer teils fundierten Kritik des (klassisch) linken Regisseurs Bernd Stegemann an Identitätspolitik im *Spiegel* hält klipp und klar fest: „Identitätspolitik ist für die Linke ein Irrweg.“¹⁰

Typisch für derlei pauschale Feststellungen und empörungsfixierte Framings sind Kollektivsingulare, bei denen nie klar ist, wer eigentlich gemeint ist – „die“ Menschen, „die“ Identitätspolitik, „die“ Gesellschaft, „die“ Linken, „die“ Rechten, „die“ Frauen, „die“ Schwarzen, „die“ Weißen. Auch beziehen sich die Autoren meist nicht auf Primärquellen, sondern auf Aussagen über Aussagen über Aussagen. Anstelle präziser Analyse und Empirie tritt Rau-

nen – ein Raunen, das Einwände erschweren soll, da es nie gänzlich abwegig und nie gänzlich zutreffend ist. Etwas wird schon dran sein! Ganz falsch werden sie schon nicht liegen! Wo Rauch ist, ist auch Feuer! Doch Feuer können auch von Brandstiftern stammen.

Die zitierten Überschriften und Leads sind wie Ohrfeigen, die man Menschen als freundliche Aufforderung verpasst, ein vernünftiges Gespräch zu führen. In der Netzöffentlichkeit kommentiert und diskutiert werden genau diese Zuspitzungen – und das wissen die verantwortlichen Verlage und Redaktionen sehr genau. Die oft viel differenzierteren Texte unter den Überschriften und Leads degenerieren zu Nebenschauplätzen.

Aktivisten wiederum pflegen aus nachvollziehbaren Gründen keine sachliche, nüchterne, abwägende, sondern eine instrumentelle Sicht der Dinge. So schrieb der Antirassismus-Aktivist Stephan Anpalagan 2020 auf Twitter, „es“ gehe „immer“ nur darum, „den islamistischen Terror allen Muslimen dieser Welt zuzuschreiben ...“ Muslime würden „pauschal für ihre Religion“ diskriminiert.¹¹ Sachlich ist das falsch, ein strategisches Missverständnis

– so differenzierte etwa Emmanuel Macron in seiner Separatismus-Rede 2020 eindeutig zwischen Muslimen und Islamisten, mehr noch, er führte die Spannungen in Frankreich auch auf das „Versagen der Republik“ zurück.¹² Im Grunde können die Aussagen Anpalagans noch nicht einmal verifiziert werden, da der Autor nicht angab, wer gemeint ist. Er betrieb Identitätspolitik der raunenden Sorte, wie man sie auch im gegnerischen Lager, etwa beim jungliberalen Twitter-Rambo Ben Brechtken, findet: Die Welt wird in zwei diffuse Gruppen aufgeteilt und eine davon ist böse. Zeitangaben wie „immer“ und Kollektivsingulare, verpackt in Formulierungen à la „es geht nur darum“, verunmöglichen ein sinnvolles Gespräch. Ihre Funktion ist es, die eigenen Behauptungen gegen Einwände zu imprägnieren. Unabhängig von der jeweiligen politischen Haltung operiert eine solche instrumentelle Redeweise mit „Provokation und Allusion“, um ein „Double-Bind“ zu erschaffen: „... eine Situation, in der jede Handlung mit einer negativen Sanktion verbunden ist. Egal, was man tut, man kann nur verlieren. Oder zumindest lässt es der Double-Bind so

aussehen. So wird der populistische Denker in jedem Fall bestätigt.“¹³

Ziel dieses Essays ist es, die Debatten über Identitätspolitik auf eine nüchterne Basis zu stellen. Er vernünftelt bisweilen, ist von einem unheroischen Hang zum Kompromisslerischen durchzogen, gibt sich, selbst wenn er polemisch wird, versöhnlich – Konterrevolutionsverdacht! Die Polemik gilt dabei spezifischen Formen der Identitätspolitik, nicht dem Phantasma einer homogenen Identitätspolitik als solcher.

Keine steilen Thesen, stattdessen Suche nach Konsens. Keine klientelistische Zuspitzung, stattdessen Abwägung. Keine ideologische Projektion, sondern möglichst genaues Hinschauen. Kein kulturkämpferisches Bashing von linker *Political Correctness* oder, umgekehrt, von rechtem Konservatismus, stattdessen Differenzierung und kritischer Pragmatismus. Und doch ist auch dieser Text von einer starken Emotion getragen, nämlich von Wut – von Wut auf Vulgarisierung, Ideologisierung, Polarisierung, Scheuklappendenken in unserer hybriden Medienlandschaft. Allein, es ist eine Wut zur Differenzierung.

Ich möchte einen liberalen Zugang zur

Identitätspolitik skizzieren; einen Zugang, der sich zwischen die Fronten begibt, anstatt sich in die Schützengräben zu ducken. Wenn es heute, neben materieller Ungleichheit, asymmetrischen Machtverhältnissen und kulturellen Hegemonien, eine echte Gefahr für die offene Gesellschaft gibt, dann ist es, wie der Journalist Rafael Behr richtig diagnostiziert, das „Verschwinden eines gemeinsamen öffentlichen Bezugssystems, in dem Ideen auf vernünftige Weise diskutiert werden können“¹⁴. Voraussetzung für ein solches Bezugssystem ist es, Identitäten nicht als geschlossene Systeme zu begreifen und Aussagen von Menschen nicht vorschnell auf unterstellte Identitätsinteressen zu reduzieren. Stattdessen sollte man auch nach Verbindendem und nach doppelten Böden suchen. Die Frage „Was unterscheidet die Erfahrungen eines prekär lebenden, schwarzen alten Mannes in Deutschland von den Erfahrungen einer reichen, weißen jungen Frau in Deutschland?“ ist zwar wichtig. Aber ebenso wichtig ist die Frage, was die beiden – und sei es nur potenziell – verbindet. Von einem bin ich überzeugt: Menschen tauschen sich nicht in einer prästabilierten „gemeinsamen Welt“ aus.